

24.08.2012 / Titel / Seite 1

Schlag gegen Neonazis

Lenny Reimann

Die nordrhein-westfälische Polizei ist am Donnerstag morgen mit mehr als 900 Beamten erstmals gegen die militante Rechte vorgegangen. Insgesamt 120 Wohnungen und Vereinsräume gewaltbereiter Neonazis in ganz NRW wurden in den Morgenstunden von Beamten des Landeskriminalamtes und der Polizei durchsucht, alleine 93 davon in Dortmund. Selbst vor aktuell inhaftierten Kadern der sogenannten Autonomen Nationalisten machten die Beamten keinen Halt und durchsuchten deren Zellen und private Habseligkeiten.

Zeitgleich zur Großrazzia verbot Innenminister Ralf Jäger (SPD) mit dem »Nationalen Widerstand Dortmund«, der »Kameradschaft Aachener Land« und der »Kameradschaft Hamm« die umtriebigsten Neonaziorganisationen in NRW. Sie hatten in der Vergangenheit vor allem durch fortwährende Anschläge und Attacken gegen Antifaschisten und Migranten von sich reden gemacht.

Bei der Durchsuchung stellten die Polizisten diverse Waffen, Sturmhauben und Unmengen an Propagandamaterial sicher und beschlagnahmten etwa im »Nationalen Zentrum« des »Nationalen Widerstandes« in Dortmund-Dorstfeld den kompletten Inhalt des Ladenlokales. Dabei fanden die Beamten unter anderem auch 1000 Plakate der neofaschistischen NPD.

Mit dem Verbot der als äußerst gewalttätig geltenden Organisationen war seitens des Innenministers auch die Rechtsgrundlage dafür geschaffen worden, sämtliches Vermögen der »Kameradschaftsgruppen« zu beschlagnahmen. Zugleich ist ab sofort auch das Tragen von Symbolen besagter drei Nazigruppen untersagt.

Unklar war bis jW-Redaktionsschluß, ob das Verbot des »Nationalen Widerstandes« in Dortmund auch Auswirkungen auf den von den Neonazis mittlerweile dort traditionell ausgerufenen »Nationalen Antikriegstag« habe, zu dem die Neofaschisten für den 1. September bundesweit mobilisieren (jW berichtete). Informationen Dortmunder Antifaschisten zufolge, soll dieser Großaufmarsch vom Anführer der nunmehr verbotenen Dortmunder »Kameradschaft«, Dennis Giemsch, angemeldet worden sein.

Lokale antifaschistische Initiativen und Politikerinnen der Linkspartei begrüßten am Donnerstag das Vorgehen der Polizei. Ula Richter vom »Bündnis Dortmund gegen rechts« forderte Innenminister Jäger auf, nun »endlich Nägel mit Köpfen zu machen« und auch die als besonders gewaltbereit geltende »Skinheadfront Dorstfeld« zu verbieten.

Anna Conrads, ehemalige Landtagsabgeordnete und innenpolitische Sprecherin der Linken, wies im Gespräch mit jW darauf hin, daß »man Jäger zum Jagen tragen« müsse und bedauerte, daß die »SPD offenbar erst aufgrund der öffentlichen Empörung über die Verstrickungen von Geheimdiensten in den rechten Terror des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) zum Handeln bereit gewesen« sei.

Ähnlich äußerte sich Ulla Jelpke, Dortmunder Bundestagsabgeordnete der Linkspartei. »Das Verbot des für unzählige Gewalttaten einschließlich mehrerer Anschläge auf Parteibüros und alternative Kneipen verantwortlichen »Nationalen Widerstands Dortmund« straft all diejenigen in der Dortmunder Polizei und Stadtverwaltung Lügen, die beharrlich ein Naziproblem in dieser Stadt bestritten hatten«, konstatierte sie am Donnerstag gegenüber junge Welt.